



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreisausschuss

Es informiert Sie:	René Rösgen
Telefon:	02104/99-1028
Fax:	02104/99-841028
E-Mail:	rene.roesgen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 14.12.2018

Niederschrift

zur Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungstermin Montag, den 10.12.2018, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

Mitglieder

Detlef Ehlert

Alexandra Gräber

Brigitte Hagling

Dr. Bernhard Ibold

Martina Köster-Flashar

Ilona Kückler

Waldemar Madeia

Klaus Müller

Dieter Roeloffs

Sybille Schettgen

Manfred Schulte

Udo Switalski

Elke Thiele

Ewald Vielhaus

Klaus-Dieter Völker

Verwaltung

Lothar Breitsprecher

Anja Büttner

Annette Geißler

Katharina Goldschmidt

Dirk Haase

Ulrike Haase

Nils Hanheide
Denis Heimann
Tanja Henkel
Daniela Hitzemann
Jürgen Hohl
Thomas Jarzombek
Jutta Pilz
Lisa Remus
Martin M. Richter
René Rösgen
Martin Schlüter
Christian Schölzel
Susanne Schwarz
Petra Sinkiewicz

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Bestellung eines Schriftführers für die heutige Sitzung
2. Informationen der Verwaltung
3. Beitritt zum KRZN
 - 3.1. Beitrittsvereinbarung KRZN 10/045/2018/1
 - 3.2. Wahl der Vertreterinnen/ Vertreter des Kreises Mettmann in die Verbandsversammlung des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein 01/022/2018
 - 3.3. Austritt des Kreises Mettmann aus dem Zweckverband KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister 20/045/2018
4. Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft
 - 4.1. Gründung einer Wohn- und Energiegenossenschaft hier: Antrag der Gruppe PIRATEN vom 06.11.2018 20/044/2018
 - 4.2. Schaffung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft hier: Veränderungsantrag zum Haushalt 2019 der Fraktion DIE LINKE. 20/047/2018

- | | | |
|------|---|-------------|
| 5. | Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2019 des Kreises Mettmann
- Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte zum Haushaltsentwurf 2019 | 20/041/2018 |
| 6. | Stellenplan 2019 | 10/048/2018 |
| 7. | Personalkostenbewirtschaftung - Budgetentwicklung 2019 | 01/019/2018 |
| 8. | 1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2019
a) Gesamtergebnisplan
b) Gesamtfinanzplan
2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2019 | 20/039/2018 |
| 9. | Nachträge | |
| 9.1. | Unfallentschärfung Kreisstraße 13 "Kreuzung Garather Weg/Geschwister-Scholl-Straße"
hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.12.2018 | 23/034/2018 |

Nicht öffentlicher Teil

- 10. Informationen der Verwaltung
- 11. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Anschließend stellt er die Anwesenheit (KA Greve-Tegeler und KA Krick fehlen entschuldigt) sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Tagesordnungspunkt

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 9.1 | Unfallentschärfung Kreisstraße 13 "Kreuzung Garather Weg/Geschwister-Scholl-Straße"
hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.12.2018 | 23/034/2018 |
|-----|---|-------------|

erweitert wurde.

Aufgrund der Abwesenheit von Frau Küppers und Frau Stief schlägt Landrat Hendele zudem vor, die Tagesordnung aufgrund von § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kreistages wegen besonderer Dringlichkeit um den Tagesordnungspunkt

- 1.6 Bestellung eines Schriftführers für die heutige Sitzung

zu erweitern.

KA Hagling beantragt, den Antrag ihrer Fraktion zum Personalkostenbudget unter Tagesordnungspunkt 7 zu beraten.

Dem stimmen die Mitglieder des Kreisausschusses einstimmig zu, so dass die so ergänzte Tagesordnung festgestellt wird.

Landrat Hendele schlägt vor, Herrn René Rösgen zum Schriftführer für diese Sitzung zu bestellen.

Beschluss:

Herr René Rösgen wird als Schriftführer für die heutige Sitzung des Kreisausschusses bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Abschließend weist Landrat Hendele darauf hin, dass an den Plätzen folgende Unterlagen ausliegen:

- Antrag der SPD-Fraktion zu Tagesordnungspunkt 4 „Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft“
- Anlage zu Tagesordnungspunkt 8 „Haushalt 2019“ sowie eine Übersicht der Beratungsreihenfolge.

Zu Punkt 2: Informationen der Verwaltung

Übersicht zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen

Herr Richter bittet um Nachsicht, dass die üblicherweise in diesem Kreisausschuss ausgelegte Zusammenstellung der für die Zeit vom 01.01. bis 10.12.2018 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen aufgrund kurzfristiger Vergaben erst im ersten Kreisausschuss 2019 vorgelegt werden kann.

Zu Punkt 3: Beitritt zum KRZN

Zu Punkt 3.1: Beitrittsvereinbarung KRZN - Vorlage Nr. 10/045/2018/1

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der eingebrachten Vereinbarung zwischen dem Kreis Mettmann und dem Kommunalen Rechenzentrum Niederrhein über die Aufnahme des Kreises Mettmann als Mitglied in den Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Niederrhein zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 3.2: Wahl der Vertreterinnen/ Vertreter des Kreises Mettmann in die Verbandsversammlung des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein - Vorlage Nr. 01/022/2018

Auf Bitte von Landrat Hendele benennen die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie FDP Vertreter ihrer Fraktionen für die Entsendung in die Verbandsversammlung des KRZN.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgende

Wahl:

In die Verbandsversammlung des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein werden zum 01.01.2019 entsandt:

5 ordentliche Mitglieder

Rohden, Helmut

Weiß, Dietmar

Niklaus, Jens

Toska, Hartmut

Landrat oder ein von ihm vorgeschlagener
Bediensteter des Kreises gemäß § 26 Abs. 5
KrO i.V.m. § 113 Abs. 2 GO NRW

Landrat Hendele, Thomas

5 stellvertretende Mitglieder

Switalski, Udo

Hoffmann, Thomas

Söhnchen, Paul

Dr. Stapper, Norbert J.

Ein vom Landrat zu benennendes stellvertre-
tendes Mitglied

Kreisdirektor Richter, Martin M.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 3.3: Austritt des Kreises Mettmann aus dem Zweckverband KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister
- Vorlage Nr. 20/045/2018**

Beschluss:

Der Kreis Mettmann tritt mit dem Wirksamwerden des Beitritts zum Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) aus dem Zweckverband KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister aus.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle für den Austritt aus dem KDN erforderlichen Schritte zu vollziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 4: Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft

**Zu Punkt 4.1: Gründung einer Wohn- und Energiegenossenschaft
hier: Antrag der Gruppe PIRATEN vom 06.11.2018
- Vorlage Nr. 20/044/2018**

**Zu Punkt 4.2: Schaffung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft
hier: Veränderungsantrag zum Haushalt 2019 der Fraktion DIE LINKE.
- Vorlage Nr. 20/047/2018**

Landrat Hendele regt eine gemeinsame Beratung aller vorliegenden Anträge bei getrennter Abstimmung an.

KA Schulte erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Das Thema bewege alle; es mangle im Kreis Mettmann wie in allen Ballungsgebieten an Wohnraum. Er spricht den – auch im Regionalplan zum Ausdruck kommenden – Zielkonflikt zwischen dem Erhalt von Freiraum und der

Bereitstellung bebaubarer Flächen an. Die Problematik sei vielschichtig; es spielten auch baurechtliche Vorschriften und die Barrierefreiheit eine zu beachtende Rolle. Der Kreis habe hier keine vorrangige Lösungskompetenz, aber das komplexe Thema „Wohnungsbau“ sei letztlich nur im Dialog und in breitem Konsens mit allen Akteuren, in erster Linie mit den Städten, zu lösen. Alle Optionen – auch ein evtl. gesellschaftsrechtliches Konstrukt – müssten dabei geprüft werden.

KA Dr. Ibold begrüßt den fraktionsübergreifenden Konsens zu diesem Thema. Die hohe Zahl der Wohnungen, die aus der Mietpreisbindung fallen, sei alarmierend. Er sehe den Kreis Mettmann in einer Moderationsfunktion, um den Dialog zu verstärken und die Städte zu sensibilisieren. Er weist zudem auf den letzten Bericht des Runden Tisches Wohnungswirtschaft aus dem Jahr 2016 hin und fragt diesbezüglich nach einem aktuellen Stand.

KA Kuchler spricht kreiseigene Wohnungsbaugesellschaften in anderen Kreisen an und betont die Notwendigkeit von barrierefreien Wohnungen als ein Kreisthema. Bezüglich des SPD-Antrages fehle ihr der zeitliche Rahmen.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass KA Garcia Rodriguez der Gruppe PIRATEN kein Mitglied des Kreisausschusses sei und ein Wortbeitrag ihrerseits dessen Zustimmung bedürfe. Der Kreisausschuss zeigt sich damit einverstanden.

KA Garcia Rodriguez bedankt sich für die Aufnahme des TOP auf die heutige Sitzung und erläutert den Antrag der Gruppe PIRATEN. Sie verweist insbesondere auf die demokratische Gesellschaftsform der Genossenschaft, die versuchen soll, Immobilien zu erwerben um die Mietpreise im Kreis Mettmann zu beeinflussen. Sie bietet Kontakte zu Referenten vom Genossenschaftsverband an.

Kreisdirektor Richter erläutert die Historie des Runden Tisches Wohnungswirtschaft und erklärt, dass dieser vor allem deshalb nicht mehr existiere, weil das Interesse der Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften drastisch nachließ. Er betont, dass auch ein Workshop nichts an den mangelnden Flächen in den kreisangehörigen Städten ändern, sondern allenfalls Erwartungen wecken würde, die dann enttäuscht werden müssten. Er erinnert an die äußerst mühsamen Versuche der Verwaltung, in bestimmten Städten mit der Wohnungswirtschaft in Bezug auf die Reduzierung von Heizkosten im Rahmen der sozialen Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft zu sprechen und dort energiesparende Maßnahmen der Vermieter anzustoßen. Die Städte hätten es größtenteils selbst in der Hand, zumindest mit Baurecht der problematischen Entwicklung entgegen zu wirken. Dem Kreis bleibe hier eine koordinierende, werbende Rolle.

KA Hagling und KA Müller befürworten den Antrag der SPD-Fraktion zur Durchführung eines Workshops, sehen aber die Bildung einer Genossenschaft nicht als Kreisaufgabe an.

KA Völker weist darauf hin, dass das Thema auch im Regionalrat auf der Agenda stehe und begrüßt den Antrag der SPD-Fraktion ebenfalls. Eine echte Einflussnahme auf die Wohnungswirtschaft sei schwierig, aber man wolle auch von Kreisseite die Sorgen der Menschen aufgreifen.

KA Köster-Flashar signalisiert die Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezüglich des Antrages der SPD-Fraktion. Sie betont die angespannte Lage in den Städten und erhofft sich von einer Koordinierung des Kreises neue Anstöße für Städte und Investoren, da der Leidensdruck vor Ort sehr hoch sei.

Die Fraktion DIE LINKE. und die Gruppe PIRATEN ziehen ihre Anträge zurück, sodass über folgenden modifizierten Änderungsantrag der SPD-Fraktion abgestimmt wird:

Beschluss:

1. Der Landrat wird beauftragt im ersten Halbjahr des Jahres 2019 einen Workshop mit den im Kreis Mettmann agierenden und in Frage kommenden Akteuren (Städte, städt. Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften, Kreissparkasse etc.) durchzuführen. In dem Workshop soll erarbeitet werden, wie das Ziel, preiswerten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, erreicht werden kann (z. B. über eine unter Kreis und Städten besser abgestimmte Bauleitplanung, städtebauliche Verträge, durch ein gemeinsames Wohnungsbaukonzept, durch einen abgestimmten Handlungsrahmen etc). Es soll in diesem Zusammenhang auch geprüft werden, ob und wenn ja, in welcher Gesellschaftsform und mit welchen zu beteiligenden Gesellschaftern die Errichtung einer „Kreiswohnungsbaugesellschaft“ sinnvoll ist.
2. Falls dieser Workshop zu dem Schluss kommt, dass eine Gründung einer kreisweiten, evtl. gemeinnützigen, Wohnungsbaugesellschaft richtig ist, wird eine Machbarkeitsstudie zur Gründung einer Kreiswohnungsbaugesellschaft in Auftrag gegeben und die Gründung eingeleitet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 5:	Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2019 des Kreises Mettmann - Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte zum Haushaltsentwurf 2019 - Vorlage Nr. 20/041/2018
--------------------	---

Der Kreistag nimmt im Rahmen der Benehmensherstellung von den vorgebrachten Punkten die allgemeinen Fragen und Ausführungen zu 1.2, 3.1 bis 3.6 der erstellten Verwaltungssynopse (Anlage 3 zur Vorlage 20/041/2018) zur Kenntnis.

Beschluss:

1.1 Landschaftsumlage 2019:

Die vom Landschaftsverband Rheinland verabschiedete Senkung des Hebesatzes für das Jahr 2019 um 0,27 % Punkte wird im Haushaltsplan des Kreises Mettmann berücksichtigt und der Ansatz für die Landschaftsumlage entsprechend reduziert. Im Finanzplanungszeitraum 2020-2022 wird der Hebesatz auf 15,9% P. gesenkt und der Ansatz für die Landschaftsumlage entsprechend angepasst.

2.1 Berechnung der Umlagegrundlagen:

Die Umlagegrundlagen 2020 – 2022 werden in der mittelfristigen Finanzplanung auf Basis der Umlagegrundlagen der 1. Modellrechnung zum GFG 2019 v. 30.10.2018 ohne Steigerungsraten fortgeschrieben.

4.1 bis 4.3 Veränderungen durch das 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz:

Die Haushaltsplanung 2019 erfolgt nach dem geltenden Recht. Alle Chancen und Risiken, die sich aus der Änderung des 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz ergeben, werden mit der Haushaltsplanung 2020/21 umgesetzt.

5. Förderschulfinanzierung:

Alle Förderschulzentren, Förderschulen und integrativen Kindertageseinrichtungen werden im Haushaltsplan 2019 über die Kreisumlage finanziert, solange keine gegenteilige rechtskräftige gerichtliche Entscheidung vorliegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6: Stellenplan 2019 - Vorlage Nr. 10/048/2018

Landrat Hendele weist darauf hin, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Antrag vorliegt, den es zunächst zu beraten gilt.

Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Einrichtung einer Stabsstelle Förderungsakquise

Landrat Hendele weist darauf hin, dass die Organisationsform in das Ermessen des Landrates falle. Er sehe zurzeit keinen Bedarf einer Stabsstelle Förderungsakquise und verweist auf die bislang sehr erfolgreiche Generierung von Fördermitteln durch die Verwaltung auf dezentralem Wege.

KA Schulte unterstreicht, dass bei allen Projekten ohnehin eine Prüfung auf Fördermöglichkeiten geschehe und eine Stabsstelle entbehrlich sei.

KA Völker schließt sich den Ausführungen von KA Schulte an und ergänzt, dass viele Fördermöglichkeiten im Rahmen der Beteiligungen des Kreis Mettmann im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kultur und Tourismus diskutiert würden.

KA Kuchler erläutert, dass sich die Fraktion DIE LINKE. durch den Antrag die Entlastung der Mitarbeitenden erhofft.

Anschließend zunächst die Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Beschluss:

In der Verwaltung soll eine Stabsstelle Förderungsakquise eingerichtet werden. Die Verwaltung legt dafür einen Vorschlag zur finanziellen und personellen Ausstattung vor. Folgende Aufgabenfelder sollen von der Stabsstelle wahrgenommen werden:

- Fachbereichsübergreifende Prüfung aller anstehenden Projekte ab einem Investitionsvolumen von mehr als 20.000,- auf mögliche Förderungen von der EU, dem Bund, des Landes NRW und weiteren Institutionen (z. B. Stiftungen).
- Ergänzung aller Verwaltungsvorlagen des Kreistages und seiner Ausschüsse, sofern sie Projekte mit einem Investitionsvolumen von mehr als 20.000,- vorsehen, auf die Möglichkeit einer Förderung. Dabei sollen auch kleinere Änderungen der Projekte mit geprüft werden, wenn dadurch eine Förderung möglich erscheint.
- Die eingerichtete Stabsstelle ist darüber hinaus dafür zuständig, alle einzuhaltenden Fristen des Kreises Mettmann sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
7 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1 Nein-Stimme FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Der Stellenplan 2019 wird mit den Anlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Punkt 7: Personalkostenbewirtschaftung - Budgetentwicklung 2019 - Vorlage Nr. 01/019/2018

Landrat Hendele weist darauf hin, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Antrag vorliegt, den es zunächst zu beraten gilt.

Antrag der Fraktion UWG-ME: Reduzierung des Personalkostenbudgets 2019

KA Hagling verweist bezüglich des Antrages auf den vorherrschenden Fachkräftemangel und die in diesem Zusammenhang bestehenden unbesetzten Planstellen.

KA KÜchler hält die Kürzung für ein falsches Signal.

KA Schulte schließt sich KA KÜchler an und erklärt, dass der Kreis alle Haushaltsüberschüsse bisher immer an die kreisangehörigen Städte weitergegeben habe.

KA Völker befürwortet den Antrag. Durch den Beitritt des Kreises zum KRZN entstünden Synergien, die die beantragte Reduzierung rechtfertigen würden.

KA Müller spricht sich ebenfalls für den Antrag aus.

Herr Richter erläutert die nach der aktuellen Gemeindehaushaltsverordnung gültige Vorgehensweise zur Ermittlung der Anzahl der besetzten Stellen. Der Stichtag 30.06. sei für die Betrachtung des IST-Standes ungünstig, da dann in Erwartung der Zugänge nach Ausbildungsende Planstellen bewusst freigehalten werden. Im Durchschnitt seien ca. 50 Stellen zurzeit nicht besetzt. Dies sei auch der Tatsache geschuldet, dass es immer hausinterne Stellenwechsel gebe, die zu temporären Vakanzen führen.

Anschließend erfolgt zunächst die Abstimmung über den Antrag der Fraktion UWG-ME.

Beschluss:

Das Personalkostenbewirtschaftungsbudget 2019 wird um 500.000 € gekürzt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1 Ja-Stimme FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden modifizierten:

Beschluss:

Der Kreistag beschließt ein Netto-Personalkostenbudget i.H.v. 80,584 Mio. €.

Er beschließt weiterhin, dass für das Jahr 2019 durch die verzögerte Umsetzung der Stellenplanerweiterung sowie die einmaligen Einspareffekte durch den Beitritt zum Kommunalen Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) nur 77,120 Mio. € im Haushalt veranschlagt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1 Ja-Stimme FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zu Punkt 8:	1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2019 a) Gesamtergebnisplan b) Gesamtfinanplan 2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2019 - Vorlage Nr. 20/039/2018
--------------------	--

Landrat Hendele erläutert das Beratungsverfahren. Grundlage bildet die ausgelegte Übersicht der Beratungsreihenfolge.

Produkt 01.01.01 **Veränderungsantrag 1 der SPD-Fraktion**

SPD: 1000 Schulen für unsere Welt

Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2018

KA Schulte erläutert den Hintergrund des Antrages. Ihm sei bekannt, dass der Antrag in dieser Form keine Mehrheit finden würde, da die Rechtslage bezüglich des Einsatzes kommunaler Mittel zurzeit nicht eindeutig sei. Ihm gehe es bei dem Antrag um die Wertigkeit und darum zu hinterfragen, was allein die Renovierung eines Klassenzimmers hierzulande kostet und dass man mit 50.000 € in manchen Ländern eine gesamte Schule finanzieren könne.

KA Völker stimmt KA Schulte hinsichtlich der fehlenden Rechtsgrundlage zu und schlägt vor, aus den Reihen der Kreistagsabgeordneten in Form der Sitzungsgelder zu spenden bzw. seitens des Kreistages eine regelmäßig zu pflegende Patenschaft zu übernehmen.

KA Köster-Flashar befürwortet den Antrag bei gleichzeitigem Bewusstsein der Rechtslage. Sie wünscht sich einen Verweis an das zuständige Fachamt und eine Prüfung, inwieweit der Kreis eine Patenschaft, ähnlich derer an Schulen, übernehmen könne.

KA Schulte bedankt sich für die positive Resonanz auf den Antrag seiner Fraktion.

Landrat Hendele sagt zu, sich weiteren rechtlichen und praktischen Rat zu dem Projekt einzuholen und erwähnt, dass beispielsweise über Frau Gabriele Riedl als Kreisbeschäftigte eine enge Verbindung zur Entwicklungshilfe in Mali bestehe.

Er formuliert sodann folgenden modifizierten Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Kreis Mettmann tritt der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ der kommunalen Spitzenverbände bei. Er wirbt für dieses Programm aktiv Spenden bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie bei der lokalen Wirtschaft ein. Zudem möge die Verwaltung prüfen, inwieweit eine

Patenschaft des Kreises Mettmann mit einer Schule in einem Entwicklungsland umsetzbar sei.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 01.01.01 Kreistag, Ausschüsse sowie Fraktionen / Gruppen

Das Produkt 01.01.01 wird einstimmig angenommen

Produkt 01.02.01 Verwaltungsführung und Repräsentation

Das Produkt 01.02.01 wird einstimmig angenommen

Produkt 01.02.02 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Das Produkt 01.02.02 wird einstimmig angenommen

Produkt 01.03.01 Gleichstellungsstelle

Das Produkt 01.03.01 wird einstimmig angenommen

Produkt 01.04.01 Personalrat, Schwerbehindertenvertretung

Das Produkt 01.04.01 wird einstimmig angenommen

Produkt 01.04.02 Veränderungsantrag 2 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Neugestaltung der Kantine im Kreishaus

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.11.2018

Landrat Hendele unterbreitet den Vorschlag, den Antrag in die Auswertung der Mitarbeiterbefragung miteinzubeziehen.

Der Vorschlag wird von KA Köster-Flashar angenommen.

Der Veränderungsantrag wird zurückgezogen

Produkt 01.04.02 **Kantinen**

Das Produkt 01.04.02 wird **einstimmig angenommen**

Produkt 01.05.01 **Zentrale Vergabe- und Statistikstelle**

Das Produkt 01.05.01 wird **einstimmig angenommen**

Produkt 01.06.01 **Rechnungsprüfung und Datenschutz**

Das Produkt 01.06.01 wird **einstimmig angenommen**

Produkt 01.06.03 **Durchführung weiterer Aufgaben**

Das Produkt 01.06.03 wird **einstimmig angenommen**

Produkt 01.07.01 **Veränderungsantrag 3 der CDU-Fraktion**

CDU: Mobilitätsmanagementkonzept für die Mitarbeiter

Antrag der CDU-Fraktion vom 03.12.2018

KA Völker betont, dass man alles dafür tun müsse, weiche Standortfaktoren zu schaffen und auszubauen, um die Bindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Kreisverwaltung zu stärken.

Landrat Hendele sagt zu, auch diesen Antrag in die Mitarbeiterbeteiligung einfließen zu lassen.

Der Veränderungsantrag wird **zurückgezogen**

Produkt 01.07.01 **Personalservice, zentrale Dienste**

Das Produkt 01.07.01 wird **einstimmig angenommen**

Produkt 01.07.02 **Personalförderung**

Das Produkt 01.07.02 wird **einstimmig angenommen**

Produkt 01.07.03

Personalabrechnung

Das Produkt 01.07.03 wird

einstimmig angenommen

Produkt 01.07.04

Verwaltung: IT-Fusion Personaletat

Veränderungsantrag 4 der Verwaltung

Der Veränderungsantrag wird

einstimmig angenommen

Produkt 01.07.04

UWG-ME: Personalkosteneinsparung

Veränderungsantrag 5 der Fraktion UWG-ME

Der Veränderungsantrag wird

mehrheitlich angenommen
7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1 Ja-Stimme FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 01.07.04

Allgemeine Personalwirtschaft

Das Produkt 01.07.04 wird

einstimmig angenommen
bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Produkt 01.08.01

Organisationsentwicklung

Das Produkt 01.08.01 wird

einstimmig angenommen

Produkt 01.09.01

**Finanzmanagement, Controlling,
sonst. Finanzdienstleistungen**

Das Produkt 01.09.01 wird

einstimmig angenommen

Produkt 01.09.02

Finanzbuchhaltung

Das Produkt 01.09.02 wird

einstimmig angenommen

Produkt 01.10.01

Kommunalaufsicht

Das Produkt 01.10.01 wird

einstimmig angenommen

Produkt 01.12.01

Verwaltungsbücherei, Amtsblatt

Das Produkt 01.12.01 wird

einstimmig angenommen

Produkt 01.13.04

Veränderungsantrag 6 der Verwaltung

Verwaltung: Mehrbelastung Berufskollegs in 2019

Der Veränderungsantrag wird

einstimmig angenommen

Produkt 01.15.01

Polizeiverwaltung

Das Produkt 01.15.01 wird

einstimmig angenommen

Produktbereich 01

Innere Verwaltung

Der Produktbereich 01 wird

einstimmig angenommen

Produkt 02.02.01

Veränderungsantrag 7 der Verwaltung

Verwaltung: Bekämpfung der Schwarzarbeit

KA Völker bittet um Prüfung des „Remscheider Modells“, nach dem die zuständigen Behörden mit der örtlichen IHK, die ein Fahrzeug für den Außendienst sponsert, zusammenarbeiten.

Der Veränderungsantrag wird

einstimmig angenommen

Produkt 02.05.01

Veränderungsantrag 8 der Verwaltung

Verwaltung: Änderung der Kennzahl Vollzeitäquivalente für Großraum- und Schwertransporte

Der Veränderungsantrag wird

einstimmig angenommen

Produkt 02.06.02**Veränderungsantrag 9 der Verwaltung**

Verwaltung: Fachplanerleistungen Kreisleitstelle

Der Veränderungsantrag wird**einstimmig angenommen****Produktbereich 02****Sicherheit und Ordnung****Der Produktbereich 02 wird****einstimmig angenommen**
bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.**Produkt 03.01.02****Veränderungsantrag 10 der Verwaltung**

Verwaltung: Mehrbelastung Berufskollegs in 2019

Der Veränderungsantrag wird**einstimmig angenommen****Produktbereich 03****Schulträgeraufgaben****Der Produktbereich 03 wird****einstimmig angenommen****Produkt 04.01.01****Veränderungsantrag 11 der FDP-Fraktion**

FDP: Kostenlose Museumstage

KA Müller erläutert das Ziel des Antrages, wonach Landrat Hendele das Anliegen im Stiftungsrat thematisieren sollte.

KA Völker hält den Antrag für wenig sachdienlich und identifiziert eine Erhöhung des Zuschusses für das Museum als bessere Lösung. Wesentliche Frage bleibe aber, wie man die Personen ansprechen könne, auf die der Antrag abziele.

KA Kuchler erkennt die Problematik, dass die Zielpersonen ihre Bedürftigkeit offenbaren müssen und dies eine Hürde darstelle. Sie sei zuversichtlich, dass mit dem Angebot das richtige Klientel erreicht werde.

Landrat Hendele formuliert folgenden geänderten

Beschluss:

1. Der Kreistag beauftragt den Landrat die Einführung eines kostenlosen Museumstages im Stiftungsrat einzubringen.
2. Die ausfallenden Eintrittsgelder wird der Kreis Mettmann über den Vertrag zur Regelung der Übernahme des Betriebskostenfehlbetrages ausgleichen.

Abstimmungsergebnis:**einstimmig angenommen**

Produktbereich 04 **Kultur und Wissenschaft**

Der Produktbereich 04 wird **einstimmig angenommen**

Produkt 05.04.04 **Veränderungsantrag 12 der Verwaltung**

Verwaltung: Investitionspauschale (Ertrags, s. auch Veränderungsantrag 17)

Der Veränderungsantrag wird **einstimmig angenommen**

Produktbereich 05 **Soziale Leistungen**

Der Produktbereich 05 wird **einstimmig angenommen**

Produkt 06.02.01 **Veränderungsantrag 13 der Verwaltung**

Verwaltung: Elterngeld Refinanzierung Personalmehrbedarf

Der Veränderungsantrag wird **einstimmig angenommen**

Produktbereich 06 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

Der Produktbereich 06 wird **einstimmig angenommen**

Produktbereich 07 **Gesundheitsdienste**

Der Produktbereich 07 wird **einstimmig angenommen**

Produktbereich 08 **Sportförderung**

Der Produktbereich 08 wird **einstimmig angenommen**

Produktbereich 09 **Räumliche Planung und Entwicklung,
Geoinformationen**

Der Produktbereich 09 wird **einstimmig angenommen**

Produktbereich 10**Bauen und Wohnen**

Der Produktbereich 10 wird**einstimmig angenommen**
bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.**Produktbereich 11****Ver- und Entsorgung**

Der Produktbereich 11 wird**einstimmig angenommen**
bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.**Produkt 12.01.01****Veränderungsantrag 14 der Fraktionen CDU,
FDP und UWG-ME****CDU / FDP / UWG-ME: gemeinsamer Antrag Radwegekonzept**

Herr Richter schlägt vor, 50.000 € im Ergebnisplan 2019 und 450.000 € im Finanzplan 2019 zu veranschlagen. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass es im Jahr 2019 aufgrund der angespannten Personalsituation im Fachamt mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zu einer Ausschöpfung des Finanzbudgets kommen wird. Er regt außerdem an, die im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kultur und Tourismus beschlossene Planung des Knotenpunktsystems für Synergieeffekte zu nutzen und beides gemeinsam konzeptionell zu beauftragen.

KA Völker bittet um einen Sperrvermerk bis zur Vorlage im Fachausschuss für die im Finanzplan veranschlagten 450.000 €. Er betont, dass der Kreis die Entwicklungen und Chancen unterstützen müsse, die sich durch die Beliebtheit der Nutzung von E-Bikes und Pedelacs ergeben.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass eine heterogene Situation in den kreisangehörigen Städten bestehe und etliche Zuständigkeiten wie z.B. Straßenbaulastträger zu klären seien. Ähnlich wie bei Planung und Bau der „Velo-Route“ zwischen Düsseldorf und Wuppertal, für die ein Teil der Mittel sinnvoll eingesetzt werden könne, müsse der Kreis als Projektbeteiligter auftreten und unter Berücksichtigung einer Bestandsanalyse positive Vorschläge zum Radwegeausbau entwickeln.

Der Veränderungsantrag wird**einstimmig angenommen****Produktbereich 12****Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**

Herr Richter erläutert, dass er gerne eine aktuelle Berechnung zur VRR-Sonderumlage vorgelegt hätte. Da aber bisher vom VRR nichts gesendet worden sei, bittet er um Nachsicht. Eine entsprechende Information/Berechnung und geänderte Beschlussfassung könne im Kreistag am 17.12.2018 erfolgen.

Der Produktbereich 12 wird**einstimmig angenommen**

Der Produktbereich 13 wird**einstimmig angenommen****Produkt 14.02.01****Veränderungsantrag 15 der CDU-Fraktion**CDU: Klimaschutzmanager

KA Völker erläutert den Antrag, der als Prüfauftrag formuliert ist. Demnach wird der Landrat gebeten zu prüfen, ob eine Stabsstelle Klimaschutz eingerichtet oder anderweitig eine hohe Ansiedlung der Stelle in der Verwaltungshierarchie sichergestellt werden kann.

Herr Hanheide erklärt auf Frage von KA Kuchler das seinerzeitige Konstrukt der „Stabsstelle 71“ in seinem Dezernat, deren Bildung vor allem einer personellen Frage geschuldet war.

Auf Nachfrage von KA Dr. Ibold sagt der Landrat zu, dass ein Weg gesucht werde, um die Ausschreibung der Stelle des Klimaschutzbeauftragten schon Anfang 2019 veranlassen zu können.

Keine Abstimmung erforderlich**Produktbereich 14****Umweltschutz**

Der Produktbereich 14 wird**einstimmig angenommen**
bei einer Enthaltung der FDP-Fraktion und einer
Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.**Produkt 15.02.01****Beteiligungsverwaltung**

Das Produkt 15.02.01 wird**einstimmig angenommen****Produktbereich 15****Wirtschaft und Tourismus**

Der Produktbereich 15 wird**einstimmig angenommen**
bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.**Produkt 16.01.01****Veränderungsantrag 16 der Verwaltung**Verwaltung: Landschaftsumlage

Der Veränderungsantrag wird**einstimmig angenommen**

Produkt 16.01.01

Veränderungsantrag 17 der Verwaltung

Verwaltung: Investitionspauschale (Einzahlung, s. auch Veränderungsantrag 12)

Der Veränderungsantrag wird

einstimmig angenommen

Produkt 16.01.01

Steuern, allgemeine Umlagen, allgemeine Zuweisungen

Das Produkt 16.01.01 wird

einstimmig angenommen

Produkt 16.01.02

Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Das Produkt 16.01.02 wird

einstimmig angenommen

Produktbereich 16

Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Der Produktbereich 16 wird

einstimmig angenommen

Produkt 17.01.01

Veränderungsantrag 18 der Fraktion DIE LINKE.

DIE LINKE.: Bezuschussung der Freizeitangebote der Steinzeitwerkstatt

KA Völker lehnt den Antrag mit dem Verweis, dass auf anderer Ebene Mittel bereitstehen, ab.

KA Kuchler erwidert, dass das Bildungs- und Teilhabepaket nicht auskömmlich sei und daher andere Fördermöglichkeiten genutzt werden müssen.

KA Köster-Flashar begründet die Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN damit, dass über andere Mechanismen bereits eine Teilhabe ermöglicht wird.

KA Schulte versteht das vom Grundsatz her nachvollziehbare Anliegen, zweifelt jedoch an der technischen Umsetzbarkeit.

KA Janssen bittet darum, dass auch dieses Anliegen durch den Landrat an den Stiftungsrat herangetragen werde.

Der Veränderungsantrag wird

mehrheitlich abgelehnt

7 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Enthaltungen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1 Nein-Stimme FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Produktbereich 17

Stiftungen

Der Produktbereich 17 wird

einstimmig angenommen

KA Völker bedankt sich für die Zusammenstellung der guten Übersicht über die Beratungsreihenfolge.

Anschließend erfolgt zunächst die Abstimmung über den Gesamtergebnis und Gesamtfinanzplan.

Beschluss:

Die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beschlossenen Ansatzänderungen der Produkte und Produktbereiche werden in den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2019 übernommen.

Bei der Festsetzung der Kreisumlage wurde die Finanzsituation der kreisangehörigen Städte dahingehend berücksichtigt, dass ihnen genügend Mittel verbleiben, um die Personal- und Sachausgaben für Pflichtaufgaben im eigenen und übertragenen Wirkungskreis bestreiten zu können und darüber hinaus noch ein finanzieller Spielraum für Maßnahmen im Bereich der freiwilligen Selbstverwaltungsangelegenheiten verbleibt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Abschließend erfolgt die Abstimmung über die Haushaltssatzung für das Jahr 2019.

Beschluss:

Aufgrund der §§ 53 ff der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 646), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Zuständigkeitsbereinigungsgesetzes vom 23.01.2018 (GV NRW S. 90) und der §§ 77 ff der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Zuständigkeitsbereinigungsgesetzes vom 23.01.2018 (GV NRW S. 90) hat der Kreistag des Kreises Mettmann am 17.12.2018 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Mettmann voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	592.232.800 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	611.578.250 EUR

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	581.127.300 EUR
--	-----------------

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	593.593.100 EUR
--	-----------------

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	33.858.900 EUR
--	----------------

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	24.317.700 EUR
--	----------------

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

946.100 EUR

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

59.285.400 EUR

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf

19.345.450 EUR

und die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf

0 EUR

festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

90.000.000 EUR

festgesetzt.

§ 6

- a) Zur Deckung des durch sonstige Erträge nicht gedeckten Finanzbedarfs wird von den Gemeinden gemäß § 56 Abs. 1 und 2 KrO NRW eine Kreisumlage erhoben. Der Umlagesatz der Gemeinden wird für das Haushaltsjahr 2019 auf 29,61 v. H. der jeweils für 2019 geltenden Bemessungsgrundlagen festgesetzt. Die Kreisumlage ist zu jeweils $\frac{1}{4}$ der Jahreszahllast am 20. März, 20. Juni, 20. September und 20. Dezember des Jahres 2019 fällig.
- b) Mit den Aufwendungen der Berufskollegs des Kreises Mettmann werden gemäß § 56 Abs. 4 KrO NRW die beteiligten Städte auf der Grundlage der Schülerzahlen nach dem Stand vom 15.10.2017 für das Haushaltsjahr 2019 wie folgt belastet:

		*
Stadt Erkrath	657.200 €	0,93 %
Stadt Haan	549.950 €	0,94 %
Stadt Heiligenhaus	704.900 €	1,79 %
Stadt Hilden	1.060.750 €	1,16 %
Stadt Langenfeld	561.900 €	0,48 %
Stadt Mettmann	1.016.500 €	1,82 %
Stadt Monheim a. R.	291.200 €	0,06 %
Stadt Ratingen	1.987.000 €	1,01 %
Stadt Velbert	2.349.700 €	1,78 %
Stadt Wülfrath	575.500 €	1,99 %
	<u>9.754.600 €</u>	

* = %-Anteil an den Umlagegrundlagen der jeweiligen Gemeinde nach der 1. Arbeitskreisrechnung zum GFG vom 20.07.2018

Die Mehrbelastung für die Berufskollegs ist in Teilbeträgen jeweils am 01. April und 01. Oktober des Jahres 2019 fällig.

- c) Die Umlage des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr wird gemäß § 56 Abs. 6 KrO NRW nach den Buskilometer-Leistungen auf die betroffenen Städte, unter Berücksichtigung des sich aus der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH (KVGM) ergebenden finanziellen Vorteils, umgelegt. Die Belastung im Haushaltsjahr 2019 verteilt sich wie folgt:

		*
Stadt Erkrath	1.430.000 €	2,02 %
Stadt Haan	945.000 €	1,61 %
Stadt Heiligenhaus	630.000 €	1,60 %
Stadt Hilden	1.275.000 €	1,39 %
Stadt Langenfeld	1.150.000 €	0,99 %
Stadt Mettmann	1.300.000 €	2,33 %
Stadt Ratingen	3.500.000 €	1,78 %

Stadt Velbert	1.670.000 €	1,26 %
Stadt Wülfrath	575.000 €	1,99 %
	<u>12.475.000 €</u>	

* = %-Anteil an den Umlagegrundlagen der jeweiligen Gemeinde nach der 1. Arbeitskreisrechnung zum GFG vom 20.07.2018

Die Umlage des Zweckverbandes VRR setzt sich aus der allgemeinen Verbandsumlage, der BVR- und der SPNV-Umlage, dem Zahlungsausgleich aus der jeweiligen Ergebnisrechnung sowie dem Eigenaufwand der VRR AöR und dem des Zweckverbandes VRR zusammen.

Die Fälligkeit der Umlage orientiert sich an den in der Haushaltssatzung des Zweckverbandes VRR festgesetzten Zahlungszeitpunkten.

Der Zahlungszeitpunkt der Zinsen, die sich aus dem Differenzbetrag zwischen Soll-Umlage und Ist-Umlage des Zweckverbandes VRR ergeben, orientiert sich an der gesonderten Festsetzung des Zweckverbandes. Zinsen, die der Zweckverband für nicht fristgerecht eingegangene Umlagenbeiträge erhebt, werden ebenfalls gesondert vom Verursacher abgefordert.

Erfolgt die Wertstellung nicht am Fälligkeitstag, können für die ausstehenden Beträge bei allen drei Umlagearten gemäß §§ 247, 288 BGB Verzugszinsen in Höhe von 2 % über dem Basiszinssatz erhoben werden.

§ 7

- Bei den im Stellenplan als "künftig umzuwandeln" (ku-Vermerk) bezeichneten Planstellen sind die Tätigkeitsmerkmale des TVöD bzw. die funktionsgerechte Bewertung der Beamtenstelle zu beachten; die im Stellenplan mit "künftig wegfallend" (kw-Vermerk) bezeichneten Planstellen entfallen bei Freiwerden der Planstelle.
- Die an den Landschaftsverband zu entrichtende Umlage beträgt für 2019 14,7 v. H. der maßgeblichen Bemessungsgrundlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

- 7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 1 Ja-Stimme FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zu Punkt 9:	Nachträge
--------------------	------------------

Zu Punkt 9.1:	Unfallentschärfung Kreisstraße 13 "Kreuzung Garather Weg/Geschwister-Scholl-Straße" hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.12.2018 - Vorlage Nr. 23/034/2018
----------------------	---

Beschluss:

Die Kreisverwaltung prüft, was sie gemeinsam mit der Stadt Monheim konkret unternehmen kann, um die Unfallstelle an der Kreisstraße 13 'Kreuzung Garather Weg/ Geschwister-Scholl-Straße' zu entschärfen. Hauptproblem: Einseitiger Zweirichtungsradweg.

Die Überprüfung soll auch eine Überplanung der Radwegeverbindung von der Stadtgrenze Düsseldorf bis Baumberg einbeziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:13 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
René Rösgen